

Erzgebirgischer Volksfreund

Der „Erzgebirgische Volksfreund“ erscheint täglich außer Sonn- und Feiertagen.
Der Preis für die 24 mm breite Colonat-Belegstelle im Umkreisgebiet ist 20 (Hauptstadtgebiet und Ostteilgebiet) 15, auswärts 25, für die 30 mm breite Belegstelle 20, auswärts 25, für die 30 mm breite Belegstelle 25, auswärts 30 Reichsmark.
Verlags-Adresse: Leipzig Nr. 12222.
Gemeinde-Bezirks-Adresse: Nr. 12222.

Tageblatt • enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft und des Bezirksverbandes Schwarzenberg, der Amtsgerichte in Aue (Lohnh.), Schneeberg, Schwarzenberg und Johanngeorgenstadt, der Stadträte in Grünhain, Lohnh., Neuschäbäl und Schneeberg, der Finanzämter in Aue und Schwarzenberg.

Es werden außerdem veröffentlicht: Bekanntmachungen der Stadträte zu Aue und Schwarzenberg.

Verlag G. M. Gärner, Aue, Sachsen.

Zentrale: Aue 51 und 52, Lohnh. (am Aue) 440, Schneeberg 10, Schwarzenberg 2516. Druckort: Leipzig.

Wichtiges: Man nehme für die am 1. März 1932 erscheinende Nummer des vorliegenden Heftes in den Exemplarlisten keine Rücksicht. Die Nummer der Heftes der letzten am vorangehenden Tage herausgegebenen Ausgabe wird nicht geändert, auch nicht für die Stadträte der noch bevorstehenden Wahlperiode. — Für Rückzahlungen einzelner Heftes übernimmt die Verlagsanstalt keine Verantwortung. — Unterbrechungen des Geschäftsbetriebes begründen keine Ansprüche. Bei Zahlungsvorgang und Rückzahlungen gelten die üblichen Bestimmungen.
Druckort: Leipzig. Druckerei: G. M. Gärner, Aue, Sachsen.

Nr. 42.

Donnerstag, den 18. Februar 1932.

85. Jahrg.

Amfliche Anzeigen.

Freitag, den 19. Februar 1932, vorm. 11 Uhr sollen in
Hochhaus 1 Kunsttisch, 1 Damenschreibtisch, 1 runder Tisch, 1 Sofa, 1 elektr. Lampe, 2 Polsterstühle, 1 runder Tisch, 1 Stauraum, 1 Teppich, 1 elektr. Leuchter, 1 Schrankpfeifenapparat, 1 Planino, 1 Revolverbank, 1 Druckluftventilator, 1 Bohrmaschine, 1 Drückbank, 1 Kreissäge, 2 Silberbilder, 1 lange Arbeitstafel meistbietend gegen Barzahlung versteigert werden. Sammelort der Bieter: Gasthaus zum Hirsche.
Der Gerichtsvollzieher des Amtsgerichts Schneeberg.

Die amtlichen Bekanntmachungen sämtlicher Behörden können in den Geschäftsstellen des „Erzgebirgischen Volksfreunds“ in Aue, Schneeberg, Lohnh. und Schwarzenberg einsehen werden.

Aue. Öffentliche Aufforderung zur Abgabe der Gewerbesteuererklärung für das Rechnungsjahr 1932.

Die Steuererklärungen für die Gewerbesteuer sind in der Zeit bis 10. März 1932 unter Benutzung der vorgefertigten Vordrucke abzugeben. Steuerpflichtige, die zur Abgabe einer Erklärung verpflichtet sind, haben von der Steuerbehörde einen Vordruck zugesandt erhalten. Die durch das Gewerbesteuergesetz begründete Verpflichtung, eine Steuererklärung abzugeben, auch wenn ein Vordruck nicht übersandt worden ist, bleibt unberührt. Pflichtige, denen bis 25. Februar 1932 Erklärungsvordrucke nicht zugesandt worden sind, haben solche von der Steuerbehörde anzufordern.
Aue, am 15. Februar 1932.
Der Rat der Stadt — Steueramt.

Die Mandchurei „unabhängig“

Tokio, 18. Febr. (Reuter). Die Mandchurei ist zum unabhängigen Staat proklamiert worden.

Lobhudelei.

Die Zentrumspartei hat einen Aufruf erlassen, in dem es u. a. heißt: Das deutsche Volk steht vor der Wahl desjenigen, der ihm Hüter der Verfassung, Garant der Ordnung, Symbol seines Einheitswillens sein soll. Diese hehre und schwere Aufgabe ist heute nur gewährleistet in den Händen einer Persönlichkeit, die über dem trennenden und verheerenden Kampf parteilichen Geistes steht, die nicht Gefolgsmann und Diener einzelner politischer Gruppen ist, sondern Führer und Repräsentant der Volksgemeinschaft. Mehr als irgendein anderer verkörpert diese Eigenschaften der bisherige Reichspräsident Generalfeldmarschall von Hindenburg. Was an Gegenkandidaten genannt wird und genannt werden kann, ist angesichts der Gesamtlage nicht die Bejahung, sondern die Verneinung deutschen Einheitswillens — im besten Falle unverantwortliche Schwächung. Gegenüber der schon heute der Geschichte angehörenden, im In- und Auslande in einzigartiger Achtung stehenden, in Krieg und Frieden bewährten, in glorreichen und dunklen Stunden erprobten Heldengestalt Hindenburgs finden keine parteipolitisch gekürten und parteipolitisch belästigten Gegenspieler zur Bedeutungslosigkeit herab. Verheerung und Demagogie ist ihr Weg zur Macht. Unfähigkeit und Gewalttätigkeit wäre ihre Verhängnis im Verlaufe der Wahl. Der Versuch, dem deutschen Volk diesen Wahlkampf zu ersparen, ist gescheitert. Eine einzigartige Gelegenheit der Sammlung im Innern, friedlicher Kraftbetätigung nach außen ist verstimmt worden. Im Vertrauen auf die Zustimmung und Unterstützung ungezügelter Volksgenossen außerhalb unserer Reihen bekennen wir Mitglieder der Deutschen Zentrumspartei uns über alle politischen und konfessionellen Schranken hinweg in staatspolitischem und volklichem Gemeinschaftsgeist zu Hindenburg und proklamieren ihn freudig und entschlossen auch als den Kandidaten unserer Wahl. In gewollter Verneinung alles Trennenden wollen wir den 13. März zu einem Befehlsentscheidungsinstants des Einheitswillens, sammelnden Gemeinschaftsgeistes machen. ... Unsere Wahl ist getroffen; sie ist auf den Würdigen gefallen, den eine deutsche Mutter für diese Notzeit geboren hat. Deutschlands Wiederaufstieg ist mit dem Namen Hindenburg verknüpft. Sein Sieg wird Deutschlands Sieg sein!

Wir geben den Aufruf so ausführlich wieder, weil er ein Muster politischer Heuchelei und demagogischer Verheerung ist und beweist, in welcher unerhörten Weise die Person Hindenburgs auch weiterhin zu Parteizwecken mißbraucht wird. Vor sieben Jahren ging der Zentrumsmann Marx als schwarz-roter Kandidat gegen Hindenburg in die Stichwahl. Der Wahlkampf wurde von der Partei mit besonderer Hartnäckigkeit und Schärfe gegen denselben Mann geführt, der heute so plump belobhudelet wird. E. B.

Reichslandbund lehnt die Wiederwahl Hindenburgs ab.

Berlin, 17. Febr. Vom Reichslandbund wird mitgeteilt, es müsse infolge der durch den Entschluß des Reichspräsidenten geschaffenen Lage keine Wiederwahl ablehnen, unabhängig von der noch zu erwartenden Lösung der Kandidatenfrage durch die nationale Opposition. Der Reichslandbund kämpft für die Befreiung des Reichspräsidentenpostens durch eine Persönlichkeitswahl von der Beherrschung durch die verhängnisvollen Kräfte befreit, die für die Irrwege unserer bisherigen nationalen und Wirtschaftspolitik verantwortlich sind.

Aufruf Hitlers zur Sicherstellung der Ernte.

München, 17. Febr. Adolf Hitler erläßt in der „Nationalsoz. Revue“ einen Aufruf an alle Deutschen, die Sicherstellung der deutschen Ernte 1932 als eine ihrer vornehmsten Aufgaben zu betrachten. Wer jetzt die Durchführung der sachgemäßen Frühjahrsoberbestellung gescheitert, begehe Verrat am deutschen Volk. Eine kommende nationalsoz. Regierung werde alle Maßnahmen ganz besonders schärfen, die von Landwirten und anderen Stellen jetzt getroffen würden, um die Frühjahrsoberbestellung in uneingeschränkter Form durchzuführen. Eine nationalsozialistische Regierung werde außerdem eine Befreiung aller Zwangsversteigerungen landwirtschaftlicher Grundstücke durchführen, die nach dem Tode der Bankrottstrophe vom 13. Juli 1931 vorgenommen worden seien.

London, 17. Febr. Ministerpräsident MacDonald hat heute die Kinnik verlassen und sich sofort nach Downingstreet begeben, wo er die Kabinettsitzung leitete.

Um das Schickal des Kabinetts Brüning

Die Kleine Rechte gibt den Ausschlag.

Berlin, 17. Febr. Zu Beginn der Plenarsitzungen des Reichstags in der nächsten Woche werden die Nationalsozialisten einen Mißtrauensantrag gegen das Gesamtkabinet Brüning und einen Antrag auf Auflösung des Reichstages einbringen. Gleichartige Anträge sind von den Deutschnationalen zu erwarten. Die Kommunisten haben bereits am Mittwoch einen Mißtrauensantrag gegen das Reichskabinet und einen besonderen gegen Minister Groener eingebracht. Der Vizepräsident des Reichstages, der für Montag einberufen ist, wird sich mit der Frage zu beschäftigen haben, ob diese Mißtrauensanträge mit der Beratung über den Termin für die Reichspräsidentenwahl, der vorläufig als einziger Punkt auf der Tagesordnung der ersten Sitzung steht, verbunden werden sollen oder ob die Mißtrauensvoten als besonderer Punkt auf die Tagesordnung gesetzt werden. In dem letzten Fall würde immerhin die Möglichkeit bestehen, daß eine Mehrheit des Reichstages der Aufhebung auf die Tagesordnung widerspricht und dadurch eine baldige Entscheidung über die Mißtrauensanträge verhindert. Da jedoch die Regierung, wie in parlamentarischen Kreisen verlautet, selbst den Bruch hat, schon aus außenpolitischen Gründen eine klare Entscheidung herbeizuführen, rechnet man damit, daß die Beratung über den Vorschlag der Reichsregierung zur Festsetzung des Termins der Präsidentenwahl zu einer großen Aussprache über die gesamte Politik der Reichsregierung in den vergangenen Monaten ausgestaltet wird, an der sich von jeder Fraktion mehrere Redner beteiligen, die also 3 bis 4 Tage in Anspruch nehmen dürfte. Nach Abschluß dieser Aussprache würde dann nicht nur über den Termin für die Präsidentenwahl, sondern auch über die Mißtrauensanträge und damit über das Schickal des Kabinetts Brüning entschieden werden. In diesem Sinne dürfte sich der Vizepräsident am Montag aussprechen.

Wie wir weiter erfahren, ist bisher nicht vorgesehen, daß die große politische Aussprache etwa durch längere Darlegungen des Reichskanzlers eingeleitet wird. Es ist vielmehr beabsichtigt, daß der Reichsinnenminister den Vorschlag der Reichsregierung für die Präsidentenwahl begründet und daß sich Dr. Brüning zum Eingreifen in die Debatte bereit hält. Das Schickal des Kabinetts Brüning wird wieder, wie schon mehrmals, im wesentlichen von der Haltung der Deutschen Volkspartei, des Landvolks und der Wirtschaftspartei gegenüber den Mißtrauensanträgen abhängen. Diese Fraktionen werden ihren Entschluß wahrscheinlich bis zum letzten Augenblick zurückhalten. Ihre Fraktionsitzungen sind für Montag und Dienstag anberaumt.

Massenübertritte zu den Deutschnationalen.

Berlin, 17. Febr. Der überwiegende Teil der bisherigen Ortsgruppe Sierke der Deutschen Volkspartei ist dem Schritt ihres bisherigen Mitgliedes, Oberst a. D. v. Giffa gefolgt und hat sich der Deutschnationalen Volkspartei angeschlossen. In Dinslaken hat die überwiegende Mehrheit, darunter drei Viertel des Vorstandes, ihren Austritt aus der DVV, erklärt. Die größte Zahl der Ausgetretenen hat den Uebertritt zur Deutschnationalen Volkspartei vollzogen. Weingutsbesitzer Melzenbach in Cossem an der Mosel, der zwanzig Jahre lang Stadtverordneter, Kreisaußen- bzw. Kreisratsmitglied des Zentrums war, ist aus der Zentrumspartei ausgetreten und der Deutschnationalen Volkspartei beigetreten. Der Spitzenkandidat der Christlich-nationalen Bauern- und Landvolkspartei auf der Reichstagsliste Ostpreußen, Lemke (Groß-Steinort) ist zur DVV übergetreten. Der frühere Vorsitzende der Wirtschaftspartei von Brück, Botho Quack, der gleichzeitig stellv. Landesverbandsvorsitzender der Wirtschaftspartei war, ist zu den Deutschnationalen übergetreten. Der Gründer und erste Vorsitzende der Wirtschaftspartei in Hagen, Stadtverordneter Duffel, der kürzlich aus der Wirtschaftspartei austrat, ist der DVV beigetreten.

Der Kampf gilt dem System.

Die Vorstandssitzung der Deutschnationalen.

Berlin, 17. Febr. Die Pressestelle der Deutschnationalen Volkspartei teilt mit: Der Vorstand der Deutschnationalen Volkspartei trat heute in Berlin zu der angekündigten Sitzung zusammen. Der Sitzung des Vorstandes wohnte der in der letzten Tagung der Parteiverammlung in den Reichstagen gewählte Prinz Oskar von Preußen erstmalig bei. Dr. Hugenberg wies darauf hin, daß seit einigen Wochen — als Ergebnis des klaren und unentwegten Kampfes der Partei gegen die verderbliche Herrschaft der schwarz-roten Parteien, insbesondere auch gegen das Kabinet Brüning und das von ihm bewirkte System — in steigendem Maße ein Zutrommen von Kräften zur Parteeingehung stattgefunden habe, die bisher anderen Parteien, vor allem der Landvolk-, Wirtschafts- und Deutschen Volkspartei angehört, u. a. in Sachsen, Hessen, Anhalt und am Niederrhein. Insbesondere gelte dies auch für Abgeordnete verschiedener Länderparlamente. Dr. Hugenberg berichtete darauf über die durch die Reichspräsidentenwahl geschaffene politische Lage. Dabei wurde auch über die bei der NSDAP bestehenden Absichten Mitteilung gemacht. In vollständiger Übereinstimmung aller Landesverbände und Vorstandsmitglieder begrüßte der Vorstand die Stellungnahme der Parteiführer gegenüber dem Versuch Brünings, den Reichspräsidenten durch den Reichstag wieder wählen zu lassen, und die Verdrängung der Parteileitung, die den Kampf gegen die von der schwarz-roten Koalition getragene Kandidatur Hindenburgs ankündigt. Der enge Zusammenhang zwischen Reichspräsidentenwahl und der Reichspräsidentenwahl wurde eingehend erörtert und betont, daß der Reichspräsident von Hindenburg durch die Politik des Reichskanzlers Brüning, die seit Sommer 1931 auf ein Statifinden der Deutschen nach der Reichspräsidentenwahl gerichtet war, in eine für ihn recht peinliche Lage hineingemantelt wurde, in der er sich zurzeit befindet und in den letzten Wochen befunden hat. — Der Vorstand billigte die Zurückhaltung, die seitens der Deutschnationalen Volkspartei aus besonderen Gründen in der Nennung von Kandidaten reiblich wurde. Wichtig wurde betont, daß der ausschlaggebende Gesichtspunkt für die Behandlung der Reichspräsidentenfrage der in Harzburg verfochtene Kampf gegen das System sein muß. Dabei wurde die Frage geklärt, bei welchem Vorgehen die größte Anzahl von Stimmen für die nationale Opposition erzielt werden kann. Zum Schluß der Beratungen erklärte der Vorstand einstimmig, daß er alle weiteren Entscheidungen in der Frage der Reichspräsidentenwahl vertrauensvoll in die Hand von Dr. Hugenberg lege.

Wir wollen, daß es anders wird.

Düsseldorf, 17. Febr. Hier sprach Adolf Hitler vor mehr als 10 000 Personen über die Entwicklung der nationalsoz. Bewegung und über die Ursachen der Not des deutschen Volkes. Dabei kam er auf die Entwicklung der Partei zu sprechen und meinte, die politischen Gegner zweifelten an den von seiner Partei bekanntgegebenen Zahlen. Am 13. März werden wir sie ihnen zeigen. Wir werden ihnen zeigen, daß in der Zeit, in der sie alles in Deutschland zerstörten, anderes aufgebaut worden ist. Heute stehen wir am Beginn eines Kampfes, bei dem es um mehr geht, als um einen Posten.

Heute steht der Beginn des Kampfes bevor, der geführt wird um Deutschland, um den Weg, den es gehen soll in der Zukunft. Wenn unsere Gegner sagen, unser Kandidat ist die Gewähr dafür, daß es bleibt, wie es war: Wohlstand, wir wollen, daß es anders wird! Ihnen schwebt vor Augen das Deutschland, das im November 1918 begründet wurde, uns schwebt vor Augen ein Deutschland, das sich als ein wirklicher Hort der Freiheit und des Lebens erweisen soll. Sie sehen vor sich das Deutschland der Not und des Elends, wie das Deutschland der Größe, der Macht, der Herrlichkeit und der Freiheit.